

Die viel zitierten und inflationären Begriffe „Finanzkrise“, „schlimmste Weltwirtschaftskrise seit 1929“, „herber Konjunkturerinbruch“, „wegbrechende Einnahmen“, oder die „desolate Finanzverteilung zwischen Bund, Länder und Kommunen“ – sie alle sind negativ besetzte Bezeichnungen, an die wir uns ebenso schnell gewöhnen wie die täglichen, identisch scheinenden Nachrichten aus den wirklichen Krisen- und Kriegsregionen der Erde.

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister Scholz,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung,
verehrte Bürgerinnen und Bürger,**

die Deutschen waren und sind in vielen Disziplinen Weltmeister, vor allem jedoch darin, das Land und die Entwicklung grundsätzlich negativer darzustellen als oftmals real begründet.

Leben doch gerade wir in Deutschland und speziell in Baden-Württemberg in einer der reichsten Regionen der Erde. Was wir gelegentlich als „Probleme“ bezeichnen, darüber können Kommunen, Land und Leute in anderen Regionen Europas nur schmunzeln, - wenn denen überhaupt noch danach ist.

Trotzdem sind wir verpflichtet, nicht nur den Status Quo der Lebensqualität unseres Ortes zu verwalten, sondern unsere Kommune im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen auf ungewisse Zeiten vorzubereiten, in denen langjährig bewährte Rezepte plötzlich versagen, Zukunftsprognosen nahezu täglich neu geschrieben werden oder schlicht gesagt, nichts mehr so ist, wie es einmal war.

In unseren Publikationen zur Kommunalwahl haben wir zu Gelassenheit, Bewegung und Mut aufgerufen. Alle Attribute sind 1:1 anwendbar bei der Betrachtung der 284-Seiten umfassenden Haushaltssatzung 2010.

Gelassenheit trägt zu einer nüchternen Analyse der Finanzsituation bei, verbunden mit der Aussicht, möglicherweise die Talsohle der negativen Einnahmesituation bald durchschreiten zu können. Ohne Bewegung und Ideen verfallen wir in Stagnation, würden unsere Kommune nur noch „verwalten statt gestalten“. Und ohne Mut verlieren wir den Glauben, unsere Zukunft positiv beeinflussen zu können.

Wie steht unsere Gemeinde finanziell wirklich dar?

Haben wir unsere Hausaufgaben alle gemacht?

So lautet zumindest die Kernbotschaft zu Jahresbeginn von Bürgermeister Scholz, die beim Neujahrsempfang oder der Tagespresse zu entnehmen war.

Eine Bewertung hierüber unterliegt immer der Sichtweise, die die verschiedenen Fraktionen als Basis nehmen. Die Bürgerbewegung hatte bereits seit Gründung der Wählervereinigung im Jahre 1994 in vielerlei Hinsicht eine dezidierte Meinung zum Haushalt unserer Gemeinde. In der diesjährigen WBB-Stellungnahme zur Haushaltsverabschiedung gehen wir hauptsächlich auf die städtebauliche Entwicklung, die mittelfristige Finanzplanung sowie unsere Schuldenentwicklung ein. Themen, bei denen aus unserer Sicht leider das Negative überwiegt.

Unsere Grundpositionen nachhaltiger und generationengerechter Finanzpolitik

1. Die Wirtschaft durch antizyklische Investitionen zu stützen, d.h. gerade die öffentliche Hand sollte bei geringem Zinsniveau in konjunkturschwachen Zeiten investieren, durch Abruf von Fördergeldern können zum Zwecke der Nachhaltigkeit auch überschaubare Kredite aufgenommen werden.
2. Investitionen sollen möglichst spätere Verwaltungshaushalte entlasten, als Beispiel seien die WBB-Anträge zu energetischen Modernisierungen der Straßenbeleuchtung oder kommunalen Immobilien genannt.
3. Ausgaben für Verschönerungsmaßnahmen sollen auf ein Minimum begrenzt werden, hierzu gehört z.B. die Fassade des Rathauses, die aus unserer Sicht noch einigen Haushaltsberatungen Stand hält.
4. Diskussionen über „Heilige Kühe“ müssen erlaubt sein, also Leistungen, die nicht Pflichtaufgabe einer Gemeinde, oftmals aber zur Selbstverständlichkeit geworden sind.
5. Unverhältnismäßige und nicht zwingende Ausgaben wie beispielsweise die ursprünglich geplanten 30.000 € für einen Zaun des Bauhofes ohne Wenn undAber ablehnen.

Wie lauten die Rahmenbedingungen?

Nach nur wenigen Jahren der finanziellen Konsolidierung muss die Gemeinde im Jahre 2010 bei einem aktuellen Schuldenstand von 4,7 Mio. € weitere Schulden in Höhe von 3,4 Mio. € aufnehmen. Erwartete Mindereinnahmen in Höhe von 500.000 € bei der Gewerbesteuer belasten ebenso die Bilanz wie die 775.000 €, die im Haushalt als Mindereinnahmen beim Einkommenssteueranteil nachzulesen sind. Gleichzeitig erhöhen sich allgemeine Umlagen aufgrund der gestiegenen Steuerkraft der letzten Jahre, so dass sich in der Summe ein Fehlbetrag von 1,4 Mio. € ergibt. Das sind Gegebenheiten ohne Einflussmöglichkeiten der Gemeinde, weder bei Mindereinnahmen in diesem Jahr noch bei Rekorderneinnahmen wie in den Jahren 2007 und 2008.

Welche Möglichkeiten haben die politisch Verantwortlichen? Nimmt man den Haushalt einfach zur Kenntnis, klagt über die aus Sicht der Kommune ungerechte Finanzverteilung zwischen Bund, Land und Kommunen – verbunden mit übertragenen neuen Pflichtaufgaben, hofft man einfach auf bessere Zeiten, oder gibt es Potentiale, die es noch auszureizen gilt?

Unsere Betrachtungsweise der Themen im Einzelnen:

Freibadverlagerung – zweite Ausbaustufe

Mittlerweile steigt der Planansatz des Zuschussbedarfes für Walzbachhalle und Bäderbetrieb auf stattliche 1,23 Mio. € gegenüber dem Rechnungsergebnis 2008 in Höhe von 907.000 €. Teile des Gemeinderates halten nach wie vor an der geplanten zweiten Ausbaustufe der Freibadverlagerung fest und publizierten dies im Gegensatz zur WBB generös den Wählerinnen und Wählern vor der letzten Kommunalwahl. In der mittelfristigen Finanzplanung sind hier insgesamt über 3,4 Mio. € Investitionen vorgesehen, verwiesen wird auf den Grundsatzbeschluss des kommunalen Handlungs- und Entwicklungsprogramm aus dem Jahre 2004, der wie ein Freifahrtschein für alle in der Studie genannten Projekte zu dienen scheint. Unter anderem soll 2010 für eine stattliche Summe in Höhe von 80.000 € der Kassenautomat nach nur etwas mehr als 10 Betriebsjahren erneuert werden. Die noch nicht ermittelten künftigen Betriebs- und Instandhaltungskosten des gesamten Bäderkomplexes werden die nächsten Jahrzehnte weiter massiv unseren Verwaltungshaushalt belasten, ohne jemals gesicherte oder kostendeckende Gegeneinnahmen verbuchen zu können.

Selbstverständlich gönnt auch die Bürgerbewegung jedem erholungssuchenden Bürger ein attraktives Freibad und würde gerne in die wählergewinnenden Forderungen anderer Fraktionen freudig einstimmen. Nur sagen wir aufgrund der uns übertragenen Verantwortung ganz deutlich, die Gemeinde Weingarten kann sich diesen Luxus schlichtweg nicht mehr leisten.

Bäderstudie ist das A und O für eine fundierte Gemeinderatsentscheidung

Im Haushalt 2009 wurden bereits 20.000 € für eine nicht näher definierte Bäderstudie eingestellt. Die WBB hatte daher im März 2009 in einem Antrag konstruktive und konkrete Vorstellungen geäußert, welche Ergebnisse im Rahmen dieser Untersuchungen für eine nachhaltige und weitsichtige Entscheidung absolut erforderlich sind. Zunächst soll aus Sicht der WBB-Fraktion im Rahmen einer Bestandsaufnahme sämtliche technischen und infrastrukturellen Gewerke des bisherigen Bäderbetriebes genau analysiert werden, um die Standzeiten und den künftigen Sanierungsbedarf im Rahmen eines vorausschauenden Investitionsprogramms zu ermitteln. Wie wirken sich die Investitionen in der mittel- und langfristigen Finanzplanung aus? Und inwieweit kann ein Besucherzuwachs generiert werden, der zumindest die Einnahmenseite geringfügig verbessert. Bürgermeister Scholz kanzelte unseren Antrag damals wörtlich als „Trittbrettfahrerantrag“ ab, die Gemeindeverwaltung habe, wie bei nahezu allen WBB-Anträgen, längst ihre Hausaufgaben gemacht und habe bereits zur Überraschung des nicht miteinbezogenen Gremiums eine Studie in Auftrag gegeben. Stand Februar 2010 liegen uns immer noch keine Ergebnisse vor.

Energieeffiziente Modernisierung der Straßenbeleuchtung

Einem weiteren positiven Impuls für nachhaltige Verwaltungshaushalte hatte die WBB vor Beginn der Haushaltsberatungen mit ihrem Antrag zur energieeffizienten Modernisierung der Straßenbeleuchtung eingebracht. Bis 2015 schätzen Fachleute den Investitionsbedarf unseres Dorfes auf mindestens 500.000 €. Ab diesem Zeitpunkt müssen aufgrund des europaweiten Verbotes von HQL-Quecksilberdampflampen auch die in Weingarten noch weit verbreiteten Pilzleuchten der 60iger Jahre modernen Leuchten samt effizienter Steuerung weichen. Dieser enorme, bisher imaginäre und in keiner Finanzplanung vorgesehene Investitionsbedarf sollte aus Sicht der WBB ebenso innerhalb eines mehrjährigen Investitionsprogramms haushaltsschonend abgearbeitet werden. Als Startsumme beantragte unsere Fraktion für das Jahr 2010 den schon eher symbolischen Haushaltsansatz von 50.000 € einzustellen. Dem folgte das Gremium trotz zunächst positiv geäußerter Stellungnahmen und erkannter Notwendigkeiten nicht. Die Hausaufgaben werden hier für die nächsten Haushalte sicherlich nicht weniger.

Normenkontrollverfahren Kirchberg-Mittelweg

Das umstrittene Baugebiet Kirchberg-Mittelweg ist in der mittelfristigen Finanzplanung detailliert beschrieben. Auch wenn die WBB bekanntermaßen nur einer kleinen Variante der Erschließung ohne Planstraße B (Brücke über den Steinbruch) zugestimmt hätte, so akzeptieren wir zähneknirschend, aber demokratisch den mehrheitlich vom Gemeinderat gefassten Satzungsbeschluss.

An dem eingereichten Normenkontrollverfahren von drei privaten Klägern, das zusätzlich von der Bürgerinitiative Kirchberg-Mittelweg unterstützt wird, zeigt sich, ob die Gemeinde auch hier ihre Hausaufgaben gemacht hat. Wir überlassen im Gegensatz zur Verwaltung die Beurteilung der Erfolgsaussichten ausschließlich den Juristen der Verwaltungsgerichte.

Die WBB hatte aufgrund des nun laufenden Verfahrens mit äußerst ungewissem Ausgang für den Haushalt 2010 die Streichung der für weitere Planungskosten veranschlagten 95.000 € vergeblich beantragt.

3,5 Millionen Kreditaufnahme für Grundstücke „Südlich der Ringstraße“

Es konnte nicht schnell genug gehen, als vor etwas mehr als 10 Jahren das Baugebiet „Südlich der Ringstraße“ einer Baureifmachung zugeführt wurde. Schließlich musste das Baugebiet vor der geplanten Südrandstraße erschlossen werden, damit notwendige Lärmschutzmaßnahmen vom künftigen Straßenbaulastträger finanziert würden.

Private Erschließungsträgerschaft heißt das vermeintliche Zauberwort, um schnelle Einnahmen ohne Erschließungsinvestitionen zu generieren. Den Haken, man könnte auch sagen das Kleingedruckte an der Sache erleben wir zehn Jahre später. Nachdem wir erst vor zwei Jahren im Gewerbegebiet Rehlinger/Kehrwiesen alle nicht veräußerten Grundstücke für ca. 2 Mio. € rückkaufen mussten, ereilt uns dieses Schicksal nun erneut, dieses Mal beim Baugebiet „Südlich der Ringstraße“. Aufgrund der damaligen Rekorderlöse musste diese Summe nicht kreditfinanziert werden, stand jedoch für andere Projekte auch nicht zur Verfügung. Nun summiert sich die Zahlungsverpflichtung, die die Rücknahme von neun brachliegenden Grundstücken beinhaltet, auf nicht vorhandene 3,5 Mio. €. Hierfür ist eine Kreditaufnahme unausweichlich.

Durch Entschädigungs-, Beurkundungs- und Grundbuchkosten, Mehrwert-, Grund- und Grunderwerbssteuern sowie teilweisen Preisnachlässen für weniger attraktive Grundstücke entstand alleine in diesem Zeitraum ein Verlust unserer Steuergelder von ca. 1 Mio. €. Nicht mit eingerechnet sind scheinbar verkaufsfördernde Bebauungsplanmodifikationen, die letztlich zu keiner weiteren Vermarktung führten. Die Gesamtschulden der Gemeinde steigen alleine durch diese bisher verschwiegene Erblast binnen eines Jahres von aktuell 4,7 Mio. € auf 8,2 Mio. €! Unserer Fraktion fehlt jegliches Verständnis, warum der Gemeinderat erst zu Beginn der Haushaltsberatungen im November 2009 über diese exorbitant hohe Haushaltsposition informiert wurde. Nur aufgrund unserer schriftlichen Anfrage im Rahmen der Geschäftsordnung des Gemeinderates wurde zugegeben, dass bereits im Jahre 2007 der Grundstücksrückkauf vertraglich hätte vollzogen werden müssen. Seither wurden der Gemeinde sogar drei Zahlungsaufschübe gewährt, was diesem Gremium von Bürgermeister Scholz ebenfalls verschwiegen wurde. Eine rechtzeitige Information des Gemeinderates wäre aufgrund der Vertragslage mit dem Erschließungsträger bereits 2006 zwingend erforderlich gewesen. Herr Scholz, diese Informationspflicht wäre Ihre Hausaufgabe gewesen!

Nimmt man Ihre Betrachtungsweise, dann handelt es sich lediglich um eine Vermögensumschichtung, die Gemeinde habe ja einen Gegenwert in Form der nun von der Abteilung Grünanlagen zu pflegenden Grundstücke. Wir halten dies für eine Milchmädchenrechnung, weil wir bezweifeln, dass „Filetgrundstücke“ in einem „Bermuda-Dreieck“ zwischen Metallgießerei, Bahnlinie, Lärmschutzwand und einem möglichem Südrandstraßenbauwerk zu einem Quadratmeterpreis von 315-330 € in absehbarer Zeit veräußert werden können. Schlechte Grundstückszuschnitte, Lage der Grundstücke, zum Teil übergroße Bauplätze, Nähe zur Metallgießerei und ihren Immissionen, Nähe zur Bahnlinie, Unsicherheit Über- oder Unterführung des Bahnübergangs „Häcker“, oder unsicherer Baugrund sind in den schriftlichen Ausführungen und Rechtfertigungen für die Nichtvermarktung seitens der Verwaltung zu lesen, die 10 Jahre zu spät viele Stellungnahmen und früher geäußerte Bedenken der WBB-Fraktion bestätigen. Hier fragen wir uns vor allem in Hinblick auf unsere Solvenz, ob die Gemeinde hier alle ihre Hausaufgaben gemacht hat?

Siedlungsstudie 2008

Der Leitfaden und die Priorisierung künftiger Baugebiete wurden mehrheitlich vom Gemeinderat im Rahmen einer Siedlungsstudie im Dezember 2008 beschlossen. Der städtebaulichen Bewertung hätten wir durchaus zustimmen können, nicht jedoch dem darin enthaltenen engen Erschließungszeitplan.

Wir sind froh, dass scheinbar erst der Kommunalwahlkampf insbesondere beim Thema „Breitwiesen“ für aufkommende Sensibilität im Gemeinderat sorgte.

Auch wenn die beschlossene Studie etwas anderes besagt, so hörte man plötzlich unisono, dass eine künftige Bebauung der Breitwiesen angeblich zu keinem Zeitpunkt ein Thema war.

Analog der in der jüngsten Ausgabe der SPD-Brücke vom Gemeinderatskollegen Dr. Günther ausgesprochenen Einladung gemeinsam unsere Frühstückszeitungen zu lesen, laden wir herzlich zum gemeinsamen Nachschlagen in der Siedlungsstudie ein.

Bauerwartungsland TSV-Gelände?

Als nächstes stellt sich deshalb die Frage, wann das TSV-Gelände in der Waldbrücke einer Erschließung zugeführt werden soll.

Die Erfahrung hat gerade wieder gezeigt, dass die Vermarktung von Grundstücken schleppend verläuft, stehen mehrere Baugebiete in Konkurrenz. Die Neubaugebiete „Lohmühlenwiesen“ (Freibad), „Südlich der Ringstraße“, „Inneres Aufeld“ und auch das Gelände der ehemaligen Gärtnerei Hill wurden nahezu zeitgleich erschlossen, viele Grundstücke stehen nach wie vor zum Verkauf. Im letztgenannten Gebiet sind überhaupt keine Bauaktivitäten mehr zu verzeichnen. Grundsätzlich begrüßen wir den sinnvollen Umzug des TSV in die Nähe der Walzbachhalle, jedoch kann sich die WBB aus den genannten Gründen in absehbarer Zeit kaum vorstellen, mit der Baureifmachung des TSV-Geländes ein fünftes Neubaugebiet in Vermarktungskonkurrenz zu stellen.

Neue Gewerbegebiete?

Hier sehen wir als nächsten Schritt ganz klar die Aktivierung und Überplanung brachliegender Gewerbeflächen, z.B. westlich der Bahnlinie zwischen Bahnhof und dem ehemaligen „Trautwein“-Sägewerk. Die anfangs groß inszenierte kooperative Wirtschaftsförderung mit der Stadt Karlsruhe hat uns auf jeden Fall keinen industriellen Investor gebracht, Wohnhäuser und Kirchen dominieren die Gewerbegebiete Rehlinger und Kehrweiden. Ob die „erledigten Hausaufgaben“ der Gemeinde hier befriedigend ausfallen mag jeder selbst beurteilen.

Südrandstraße

Seit den Planungsvorstellungen des Regierungspräsidiums im Juni 2008 haben wir zu diesem Thema nichts mehr gehört. Nach wie vor steht das vom Land favorisierte Brückenbauwerk über die Bahnlinie im Raum, das angeblich nur die Hälfte der Kosten gegenüber einer Unterführung verursacht. Die WBB hatte später dem Regierungspräsidium und den Bürgern andere Zahlen aus der Praxis präsentiert. Die Gemeinde schweigt hierzu. Als einzige Fraktion haben wir bereits zur Kommunalwahl unseren Standpunkt klar geäußert, dass wir sogar die komplette Straße ablehnen, wenn eine Unterführung unfinanzierbar ist. Wer bezahlt (Land), der bestellt. Wir rechnen bei einer Unterführung mit einer massiven Kostenbeteiligung der Gemeinde, woher die Mittel aufgrund der weiter geplanten Schuldenanhäufung kommen soll, ist mehr als fraglich. Hier gilt es noch viele Hausaufgaben zu erledigen.

Öffentliche Nahversorgung

Vor einem Jahr gab es Handlungsbedarf beim Thema innerörtliche Nahversorgung. Der Discounter Plus schloss, die im Zuge der Genehmigung der großen Märkte am Ortseingang abgegebene Bestandsgarantie mit der Fa. Rewe sollte Ende 2010 auslaufen. Dies hätte gerade für ältere oder mobilitätseingeschränkte Mitbürger entsprechende Folgen. Die WBB setzte sich massiv für die Einrichtung eines CAP-Marktes ein, mögliche Standorte wären in den ehemaligen Immobilien von Plus oder Lidl, oder eben im jetzigen Rewe Bahnhofstraße gewesen. Ein Jahr später hat sich einiges getan. Im Lidl-Gebäude befindet sich ein Second Hand Shop, drei Kindertagesgruppen werden dieses Jahr im ehemaligen Plus realisiert. Auf dem Neujahrsempfang erfahren die überraschten Anwesenden, dass der Rewe-Konzern angeblich einen Vertrag unterzeichnet habe, der den Fortbestand des Einkaufsmarktes in der Bahnhofstraße bis Ende 2013 sichert. Wir freuen uns sehr, dass es auch durch den Druck der Konkurrenz gelungen ist, eine Bestandssicherung zu erreichen. Allerdings hätte uns ein CAP-Markt mit seinem entsprechenden sozialen Konzept mehr überzeugt als zwei Rewe-Filialen im Ort. Ohne Schwarzmalen zu wollen möchten wir heute bereits den Hinweis geben, dass Rewe mit der Gemeinde keinerlei Vertrag geschlossen, sondern lediglich den Mietvertrag der Immobilie verlängert hat, um möglicherweise auch Konkurrenz auszuschließen. Es soll schon vorgekommen sein, dass Geschäfte trotz laufenden Mietvertrages für immer ihre Tore schlossen. Ein deutlicheres Zeichen als ein Mietvertrag wären aus unserer Sicht die überfälligen und bereits vor Jahren versprochenen Investitionen. Daher bleibt das CAP-Markt-Modell für die WBB-Fraktion weiterhin ein Thema. Hier sind die Hausaufgaben zunächst vertagt.

Kinderbetreuung Weingarten auf einem guten Weg

Wir freuen uns sehr, dass nach großen Anlaufschwierigkeiten vor allem durch private Investoren die Betreuungssituation für Kleinkinder auf der Überholspur im Landkreisvergleich ist.

Unsere Kindergärten sind allesamt in einem ansprechenden Zustand. Die Fraktionen von Grüne Liste und SPD haben sich nachdrücklich für diverse Beitragsbefreiungen in Kindergärten ausgesprochen. Diesen klassischen Populismus machen wir analog unserer Haltung zum Freibad nicht mit, solange keine konkreten Finanzierungsvorschläge dieser Fraktionen vorliegen. Unsere Haushaltslage lässt solche Geschenke nicht mehr zu.

Gesamtbetrachtung der Finanzsituation des Gemeindehaushaltes

Im März 2009 wurde auf einer CDU-Veranstaltung in Weingarten öffentlich für eine „Politik aus einem Guss“ zwischen den meist CDU dominierten Gremien in Brüssel, Berlin, Stuttgart und den einzelnen Kommunen plädiert. Seit geraumer Zeit ist jedoch festzustellen, dass sich Wählerschaften in Scharen von dieser so genannten „Politik aus einem Guss“ abwenden. Gegenseitige Schuldzuweisung zwischen Bund, Länder und Kommunen, wer wem durch welches Gesetz die Finanzkraft raubt interessiert den Bürger nur noch sekundär. Er möchte Lösungen – dafür stehen unabhängige Wählervereinigungen, die sich ausschließlich der Sache und weniger parteitaktischem Kalkül widmen. Die Weingartener haben mit dem deutlichen Wahlergebnis der Kommunalwahl für die nächsten fünf Jahre gezeigt, wohin die Reise gehen soll. Was aber erwartet den neuen Bürgermeister, der am 14., bzw. 28. März gewählt wird? Er muss laut Finanzplanung bis 2013 ein Schuldenberg in Höhe von 11,3 Mio. € verwalten, sollte es kein Umdenken der bisherigen Politik, Beispiel Freibadverlagerung, geben. Nimmt man die Zahlen des Eigenbetriebes Wasserversorgung hinzu, so steigt die in unserer Verantwortung liegende Schuldenlast von derzeit 7,4 Mio. € auf 18,1 Mio. € binnen vier Jahr! Bürgermeister Scholz kündigte beim Neujahrsempfang an, dass wir den Gürtel etwas enger schnallen müssen. Problem oder Problemlösung ist hier, dass der neue Bürgermeister diesen Gürtel als Hausaufgabe enger schnallen darf.

Die WBB lehnt den Haushalt ab!

Welche Fraktion wie den Haushalt bewertet, und welche Fraktion letztlich „richtig“ oder „falsch“ in ihrer Beurteilung liegt, das hängt alleine von Standpunkten und Positionen ab, den die sechs Parteien im Rat als Ausgangsbasis heranziehen.

Die WBB-Fraktion hatte zahlreiche Einspar-, Streich-, bzw. Verbesserungsvorschläge zum Haushalt 2010 eingebracht. In der Summe blieben sämtliche Impulse auf der Strecke.

Unsere Fraktion findet sich in der zu verabschiedenden Haushaltssatzung nicht wieder und lehnt aus diesem Grund den Haushalt 2010 ab. Dem Wasserhaushalt stimmen wir zu.

Wir sagen Danke...

Dem Kämmerer Norbert Bittner möchten wir dennoch unsere Anerkennung für seine handwerklich gute und vor allem sehr ehrliche Arbeit aussprechen, die wissentlich von restriktiven Parametern seitens der politischen Mehrheiten bestimmt sind.

Ein großer Dank an alle Bürgerinnen und Bürger, die sich in den zahlreichen örtlichen und überörtlichen Vereinen und Organisationen uneigennützig engagieren. Ehrenamtliche Tätigkeiten sind gerade in finanzschwachen Zeiten unbezahlbar.

Ein herzliches Dankeschön gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung, der Freiwilligen Feuerwehr, dem Forstpersonal und vor allem den Bauhofbeschäftigten, die aufgrund der Witterung seit Wochen permanent im Einsatz sind.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.